

Städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration			29. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 01.11.2018	Sitzungsbeginn: 16:35 Uhr	Sitzungsende: 18:10 Uhr	Sitzungsort: Martinsclub Bremen e.V., Buntentorsteinweg 24/26, 28201 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Möhle (Sprecher der Deputation)			

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung am 23.08.2018 -Aussetzung-
2. Protokoll über die Sitzung am 18.09.2018
3. Projektbericht und Verlängerung für das Projekt „Ausschreibung, Auswahl und Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens SGB VIII (Nachfolge OK.JUG)“
(Vorlage Nr. 259/19)
4. Sachstand zu Projekten im Handlungsfeld „Digitalisierung und Bürgerservice“ im Rahmen der Verstärkungsmittel für den Haushalt 2018/2019
(Vorlage Nr. 260/19)
5. Erfolgskontrolle 2018 zum Projekt „Förderungsmanagement und -realisierung bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport“ zur Vorlage im Haushalts- und Finanzausschuss
(Vorlage Nr. 261/19)
6. Neue Richtwerte für die KdU nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII
(Vorlage Nr. 262/19)
7. Weiterentwicklung der Angebote der Wohnungslosenhilfe in der Stadtgemeinde Bremen
(Vorlage Nr. 263/19)
8. Verschiedenes
 - a) Berichtsbitte im Nachgang zur Insolvenz von Synthese und der ersten Deputationsberatung
(Berichtsbitte der Fraktion der CDU vom 13.09.18)
(Vorlage Nr. 264/19)
 - b) Skateranlage Postamt 5
(Mündlicher Bericht)

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 23.08.2018
-Aussetzung-

TOP 2: Protokoll über die Sitzung am 18.09.2018

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 14.06.2018.

TOP 3: Projektbericht und Verlängerung für das Projekt „Ausschreibung, Auswahl und Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens SGB VIII (Nachfolge OK.JUG)“ (Vorlage Nr. 259/19)

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und verteilt eine Überarbeitung der Anlage. Sie wird auch dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Hinweis der Verwaltung: Eine Neufassung der Projektkalkulation ist als Anlage beigelegt.

Im Anschluss findet eine Diskussion statt, an der sich Herr Tuncel (Fraktion Die Linke), Herr Möhle (Fraktion der SPD), Frau Grönert (Fraktion der CDU) und Herr Staatsrat Fries beteiligen. Herr Tuncel bittet darum, dass zukünftig im Fachverfahren Suizidversuche erhoben werden.

Die Verwaltung beantwortet Verständnisfragen und bittet darum, fachliche Fragen zum Fachverfahren, die wie zur Erhebung von Suizidversuchen, im Jugendhilfeausschuss zu diskutieren.

Die Deputation fasst einstimmig folgenden

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den Statusbericht zu „Ausschreibung, Auswahl und Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens SGB VIII (Nachfolge OK.JUG)“ zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration beschließt die Verlängerung des Projektes bis zum 30.06.2020.
3. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die angepasste Kalkulation des Projektes zu Kenntnis.

TOP 4: Sachstand zu Projekten im Handlungsfeld „Digitalisierung und Bürgerservice“ im Rahmen der Verstärkungsmittel für den Haushalt 2018/2019 (Vorlage Nr. 260/19)

Auf die Ausführungen zu TOP 3 der staatlichen Sitzung der Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 01.11.2018 wird verwiesen.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Inhalte und Ziele der dargestellten ergänzenden Projekte der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport im Handlungsfeld „Digitalisierung und Bürgerservice“ zur Kenntnis.

TOP 5: Erfolgskontrolle 2018 zum Projekt „Forderungsmanagement und –realisierung bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport“ zur Vorlage im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorlage Nr. 261/19)

Herr Staatsrat Fries führt in die Vorlage ein. Er weist daraufhin, dass es sich um ein formelles Verfahren des Haushalts- und Finanzausschusses handelt, der auch die Form der Kontrolle vorgibt. Er sagt eine Übersicht der erhobenen Forderungen nach § 89 d SGB VIII zu. Es sei zu keinen Verjährungen gekommen.

Hinweis der Verwaltung: Eine Übersicht der erhobenen und offenen Forderungen nach § 89 d SGB VIII ist dem Protokoll angelegt.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) stellt Nachfragen und Verständnisfragen zu der Vorlage.

Bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP fasst die Deputation nachstehenden ergänzten

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der Erfolgskontrolle sowie der Realisierung an den Haushalts- und Finanzausschuss zu.

TOP 6: Neue Richtwerte für die KdU nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII (Vorlage Nr. 262/19)

Herr Staatsrat Fries führt in die Vorlage ein. Mit ihr werde der Beschluss der Deputation umgesetzt und eine Anpassung vorgenommen.

Im Anschluss findet eine ausführliche Debatte statt, an der sich Herr Erlanson (Fraktion Die Linke, Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP), Frau Grönert (Fraktion der CDU), Frau Bredehorst (Fraktion der SPD), Frau Görgü-Philipp (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Herr Möhle beteiligen. Die Verwaltung beantwortet Nachfragen.

Herr Erlanson (Fraktion Die Linke) merkt an, die Vorlage sei unbefriedigend und dass er der Vorlage nicht zustimmen wird. Insbesondere stellt er auf die Rechtsprechung des OVG ab, welches das Gutachten als unzureichend bezeichnet habe. Bremen brauche einen Mietspiegel.

Frau Grönert und die Verwaltung weisen darauf hin, dass das OVG sich auf die nach einer anderen Methodik erhobene Berechnung bezogen habe. Der Staatsrat führt aus, dass das derzeitige Gutachten die Kritik der Gerichte aufgenommen hat und es sich um ein schlüssiges Konzept im Sinne der Rechtsprechung handelt.

In der weiteren Diskussion weisen Herr Dr. Dr. Buhlert, Herr Möhle, Frau Bredehorst und Frau Görgü-Philipp darauf hin, dass ausreichen Wohnungen geschaffen werden müssten. Diese Frage müsse jedoch woanders diskutiert werden.

Gegen die Fraktion Die Linke fasst die Deputation folgenden

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 19.10.2018 zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration stimmt der Aktualisierung der Richtwerte für die Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II und § 35 SGB XII zu.
3. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Änderungen der Verwaltungsanweisung für Bedarfe für Unterkunft, Heizung und zur Sicherung der Wohnung (§ 22 SGB II, §§ 35, 36 SGB XII und AsylbLG, soweit es um Wohnraum außerhalb der ZAST und der Gemeinschaftsunterkünfte geht) zur Kenntnis.

TOP 7: Weiterentwicklung der Angebote der Wohnungslosenhilfe in der Stadtgemeinde Bremen (Vorlage Nr. 263/19)

Die Verwaltung führt in die Verwaltung ein. Herr Staatsrat Fries merkt an, dass in Köln ein gutes Konzept für Angebote für wohnungslose, nicht krankheitseinsichtige psychisch kranke Menschen, die auf der Straße leben, gefunden wurde. Dies sei Vorbild für das nun gewählte Modell. Jetzt müssen Erfahrungen gesammelt und der Einstieg gesucht werden. Hierzu gehöre auch Thematik eines Krankenzimmers für Obdachlose.

Frau Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen) lobt die Vorlage sehr. Sie bittet um eine erneute Berichterstattung in einem Jahr. Herr Möhle schließt sich dem an, die Verwaltung sagt einen entsprechenden Bericht zu..

Frau Grönert (Fraktion der CDU) weist auf zwei Anträge ihrer Fraktion zu dem Thema in der Bremischen Bürgerschaft hin. Sie kündigt Zustimmung der Vorlage an. Mit dem 2. Punkt des Beschlussvorschlages hätte sie allerdings ein Problem. Konzepte, die ihre Fraktion nicht kennt, könne sie auch nicht zustimmen.

Herr Reetz (Innere Mission) erläutert das Angebot. Er betont, dass die Einrichtung keine „Entlastungspsychiatrie“ sei und nicht als solche verstanden werden dürfte. Es gebe auch bereits ein entsprechendes Konzept, die müsse jedoch im laufenden Betrieb gemeinsam weiterentwickelt werden.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) merkt an, es sei eine gute Initiative und sagt seine Unterstützung zu.

Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) lobt das Konzept. So könnten die ehemaligen Unterkünfte für Flüchtlinge gut genutzt werden. Das sei der richtige Weg. Denn Einwand der CDU könne er aber teilen. Er schlägt der Deputation vor, den 2. Punkt des Beschlusses wie folgt zu beschließen:

„Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, *die in der Deputation vorgestellte Konzeption* für einen mobilen aufsuchenden Dienst sowie für Nachsorge und Prävention von Wohnungslosigkeit *zu realisieren* und umzusetzen.“

Die Deputation ist mit dem Vorschlag einverstanden und fasst einstimmig folgenden geänderten

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport die genannte Planung umzusetzen.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die in der Deputation vorgestellte Konzeption für einen mobilen aufsuchenden Dienst sowie für Nachsorge und Prävention von Wohnungslosigkeit zu realisieren und umzusetzen.

TOP 8: Verschiedenes

a) Berichtsbitte im Nachgang zur Insolvenz von Synthese und der ersten Deputationsberatung (Berichtsbitte der Fraktion der CDU vom 13.09.18) (Vorlage Nr. 264/19)

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) äußert Kritik an der Vorlage und stellt Nachfragen, die von der Verwaltung beantwortet werden. Die Verwaltung verweist im Übrigen auf die vorliegenden ausführlichen Antworten zum Themenkomplex.

Herr Möhle dankt der Verwaltung für den ausführlichen Bericht.

Die Verwaltung kündigt einen abschließenden Bericht an, wenn die Senatorin für Soziales, Jugend Frauen, Integration und Sport auf Forderungen verzichten muss bzw. der Insolvenzverwalter das Verfahren abschließt.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

**b) Skateranlage Postamt 5
(Mündlicher Bericht)**

Herr Staatsrat Fries berichtet den Sachstand. Für 2018 werden die 25.000 € von den Ressorts gewährt. Für 2019 wird es auch eine Lösung geben, die derzeit noch abgestimmt wird. Für 2020 ff. muss dann eine dauerhafte Lösung im Rahmen der Haushaltsaufstellung gefunden werden.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

Sprecher

Protokollführerin

Anlage/n:

- TOP 3: Neufassung der Projektkalkulation
- TOP 5: Übersicht der erhobenen und offenen Forderungen nach § 89 d SGB VIII

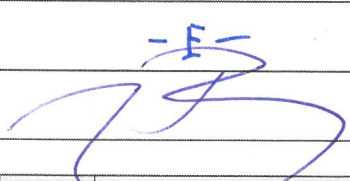
Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

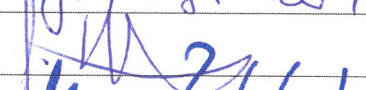
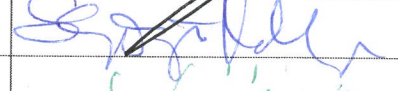
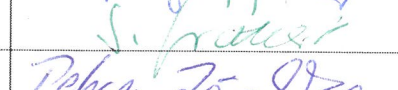

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 01.11.2018	Sitzungsort: Martinsclub Bremen e.V., Buntentorsteinweg 24/26, 28201 Bremen
---	------------------------	---

ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 15:17 Ende der staatlichen Sitzung: 16:33
 Beginn der städtischen Sitzung: 16:35 Ende der städtischen Sitzung: 18:00

Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	
Staatsrat Jan Fries	

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdBB) CDU		X	
Böttger-Türk, Gunda (Dep.) SPD	L		
Brededorst, Gönül (Dep.) SPD		X	
Dr. Dr. Buhlert, Magnus (MdBB) FDP		X	
Dumas, Hela (Dep.) CDU	X		
Erlanson, Peter (MdBB) Die Linke	X		
Görgü-Philipp, Sahhanim (MdBB) B'90/Die Grünen	X		
-stellvertr. Sprecherin Land - Grönert, Sigrid (MdBB) CDU	X	X	
Jäschke, Petra (MdBB) SPD	X		
Krümpfer, Petra (MdBB) SPD		X	
Lürßen, Helga (Dep.) CDU	X		
Möhle, Klaus (MdBB) SPD	X	X	
- Sprecher - Dr. Redder, Volker FDP	X		
Tassis, Alexander (MdBB) AfD		X	
Tuchel, Valentina (MdBB) SPD	X	X	
Tuncel, Cindi (MdBB) Die Linke		X	
Wargalla, Kai-Lena (MdBB) B'90/Die Grünen		X	
Yildiz, Kebire (MdBB) B'90/Die Grünen	X	X	
-stellvertr. Sprecherin Stadt -			

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 01.11.2018	Sitzungsort: Martinsclub Bremen e.V., Buntentorsteinweg 24/26, 28201 Bremen
---	------------------------	---

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Dr. David Luffen	
Monika Grawe	
Petra Kuché	
Ulf W.	
Daef Kasper	
Anton Lind	
Bernd St. Söder	
Kristin Kausch	

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Bertold Reetz	Jugends Mission / DW
Karin Maslins	Seniorenverbände
Holger Beyer	Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen
Susanne Dendland	ndBB, parklos
Markus Habig	Statistisches Landesamt HB
Anke Teubken	Paritätischer
Cornelius Peters	Caritasverband Bremen e.V.

Anlage zum Protokoll über die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integation am 01.11.2018 zu Top 3

Budgetplanung nach Abschluss des Vergabeverfahrens								Summe	Ursprüngliche Kalkulation 2016 (nur Summen)
Pos.	Beschreibung	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Summe	Ursprüngliche Kalkulation 2016 (nur Summen)		
1	Externe Begleitung der Ausschreibung	0	0	0	0	0	50.000	Erläuterung Ursprünglich für 2016 50.000 Euro für Externe Begleitung veranschlagt	
2	Test der verschiedenen Verfahren während der Auswahlphase	0	2.142	0	0	2.142	200.000	Teststellung der potentiellen Fachverfahren durch Dataport; ggf. durch Anbieter auf externen Servern. Hier zu Controllingzwecken aufgelistet.	
3	Projektleitung E15 (Vollkosten eines Arbeitsplatzes)	54.583	131.000	131.000	65.500	382.083	393.000	Leitung des Projektes (bis 2017 kommissarisch durch Poolkraft SF), gem. Vorgaben von SF zur Vollkostenrechnung in Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen	
4	Projektassistenz E11 (Vollkosten eines Arbeitsplatzes)	50.500	101.000	101.000	50.500	303.000	303.000	Unterstützung der Projektleitung in sämtl. organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben; gem. Vorgaben von SF zur Vollkostenrechnung in Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen	
5	Einführungsunterstützung, Projektmanagement, techn. Migrationsunterstützung	0	52.000	50.050	50.050	152.100	357.000	Einführungunterstützung durch den Softwarehersteller, Projektbegleitung, Konzepterstellung, sowie technische Unterstützung zur Migrationsautomation (personen- und trägerbezogene Stammdaten)	
6	Administratoren- und Multiplikatoren-schulung durch den Softwarehersteller	0	0	68.400	0	68.400	173.000	Erstschulung der Administratorinnen und Administratoren	
7	Anwenderschulung durch den Softwarehersteller	0	0	39.000	350.000	389.000	389.000	Erstschulung der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter; teilweise Schulung in 2018 für Softwaretests, teilweise in 2019 und 2020 gestaffelt nach - Anwenderschulungen wurden nicht ausgeschrieben und werden zusätzlich eingekauft.	
8	Entlasterkräfte für Customizing, Schulung und Migration	0	0	661.000	1.320.000	1.981.000	1.981.000	Entlasterkräfte während der Schulung der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter sowie zur manuellen Migration der Falldaten (letzter Hilfeplan; letzte Leistungsdaten); Schulungsschwerpunkt in 2019, daher 1/3 in 2019, 2/3 in 2020.	
9	Lizenzen	0	280.000	0	0	280.000	476.000	Kosten für Volllizenzen (Leselizenzen werden als kostenfrei angenommen) gemäß Vertrag.	
10	Anpassung der Software	0	90.000	50.000	27.500	167.500	411.000	Kosten für die Anpassung der Software an die örtlichen Gegebenheiten (Customizing) gemäß Vertrag 255 PT à 650 Euro	
11	Nachbetreuung	0	0	32.500	32.500	65.000	0	Kosten für ersten Anpassungen der Software nach Produktivsetzung (Change Requests) in Höhe von 1300 Euro Tagessatz. Es werden Change Requests von ca. 50 Personentagen erwartet.	
12	Pflege und Wartung (im Parallelbetrieb)	0	0		80.640	80.640	96.000	jährliche Pflege- und Wartungszahlungen an den Hersteller des Fachverfahrens gemäß Vertrag	
13	Projektbegleitung durch Dataport	0	0	68.000	34.000	102.000	102.000	50 % einer Person "IT-Leitung, Beraterin/Berater, Projektleitung" bei Dataport bis zur Produktivsetzung	
14	Betrieb der Entwicklungsinstanz	0	15.000	40.000	40.000	95.000		50 % einer Person "IT-Leitung, Beraterin/Berater, Projektleitung" bei Dataport bis zur Produktivsetzung	
15	Einrichtung und Betrieb bei Dataport (parallel zu OKJUG)	0	0	385.000	350.000	735.000	748.000	Ersteinrichtung bei Dataport: 35.000 €; Betriebskosten: 350.000 Euro/Jahr 2019: Einrichtung + Betrieb; ab 2020: 350.000 Euro/Jahr	
16	Altdateibereitstellung (OKJUG) bei Dataport	0	0	0	45.000	45.000	0	Bereitstellung vollständiger Altdateien (Fallhistorie) in einer zentralen Datenbank nach Abschaltung von OKJUG; Migration erfolgt nur für Stammdaten und letzte Hilfe-/Leistungsdaten; 45.000 €/Jahr orientiert an den Kosten eines Datenbanksservers bei Dataport bzw. den Betriebskosten für AV - erst ab 2020, daher erst in der WiBe sichtbar	
	Summe	105.083	671.142	1.625.950	2.445.690	4.847.865	5.679.000		
						Veränderung	831.135		

**Anlage zum Protokoll der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration
am 01.11.2018 zu TOP 5**

**Vom ressortinternen Projekt „Förderungsmanagement und –realisierung“ erhobene
Forderungen und erzielte Einnahmen i. S. Kostenerstattungen nach § 89d SGB VIII
(Altverfahren)**

Jahr	Sollstellungen	offene Posten, jeweils Stand 31.12. (bzw. 20.11.18)	Einzahlungen
09-12/2014	5.346.062,85 €	2.653.196,92 €	2.692.865,93 €
2015	9.946.067,93 €	3.639.685,32 €	8.959.582,53 €
2016	28.073.679,24 €	14.880.547,79 €	16.801.951,44 €
2017	-266.625,01 €	292.061,53 €	14.349.108,95 €
bis 20.11.2018	-129.873,09 €	135.486,18 €	30.316,89 €

Rechnungen konnten bis 31.12.2016 gestellt werden. Die negativen Sollstellungen der Jahre 2017 und 2018 sind nachträgliche Wertberichtigungen. Diese entstehen entweder im Verhandlungswege zwischen den Beteiligten oder durch Gerichtsverfahren.